

KURZ UND PRÄGNANT

In der „sozialen Ecke“

Anlässlich des Tages der Menschenrechte am 10. Dezember forderte Maik Nothnagel eine stärkere Berücksichtigung der Rechte behinderter Menschen. „Nicht selten werden sie auch in Thüringen 'in die soziale Ecke' abgeschoben“, monierte der inklusionspolitische Sprecher der Linksfraktion und nannte dies „Menschenrechtsverletzungen, denn mit der Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention im Jahr 2007 und der Ratifizierung 2009 ist Deutschland einem völkerrechtlichen Vertrag beigetreten, in dem bestehende Menschenrechte an die spezifische Lebenssituation behinderter Menschen angeglichen wurden“ (Recht auf Leben, auf Arbeit, auf Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben).

Der Abgeordnete, der Thüringer Landesvorsitzender des Sozialverbandes Deutschland (SoVD) ist, betonte die Notwendigkeit der Beseitigung von Barrieren. „Erst dann kann die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am politischen und öffentlichen Leben sowie am Leben der Gemeinschaft gewährleistet werden.“ Beispielhaft verwies er auf die alltägliche Situation, dass Rollstuhlfahrern, blinden oder gehörlosen Menschen oder Menschen mit Lernschwierigkeiten wegen fehlender Barrierefreiheit der Zugang zu Veranstaltungen verwehrt bleibt – „das ist ein Verstoß gegen die Menschenrechte und keine Lappalie!“ ■

LINKE legt Gesetzesnovelle vor

Zu einer Klausurberatung kamen die behindertenpolitischen Sprecher der LINKEN Landtagsfraktionen und der Bundestagsfraktion in der Bildungs- und Begegnungsstätte der Lebenshilfe e.V. in Erfurt zusammen. Dabei waren aus der Thüringer Landtagsfraktion Karola Stange, behindertenpolitische Sprecherin, Maik Nothnagel, inklusionspolitischer Sprecher, Cordula Eger, wissenschaftliche Mitarbeiterin, sowie die Sprecher der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik Thüringen, Eugen Baumann und Chris Wunderlich.

Zunächst hatte der Behindertenbeauftragte von Erfurt, Wolfgang Zweigler, über das Vorgehen von Politik, Verwaltung, Vereinen und Verbänden zur Schaffung des kommunalen Aktionsplanes in Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention berichtet. Erfurt nimmt auf Initiative der LINKEN Stadtratsfraktion eine Vorreiterrolle ein, da es bisher in Thüringen noch keinen kommunalen Aktionsplan gibt. Im Ergebnis der ersten Visionskonferenz entstand Mitte des Jahres eine Broschüre als Leitfaden. Am 3. Dezember fand eine zweite Konferenz statt, auf der die Ergebnisse der Arbeitsgruppen zusammengefasst wurden. Auch die anderen Kommunen sind in der Pflicht, über Aktionspläne

Wahrnehmung schärfen

Veranstaltung von LINKE, RLS, Verein ISL: „Nein zu Gewalt an Frauen mit Behinderung“

Frauen sind häufig von Gewalt betroffen – meist in ihrem privaten Umfeld. Besonders hart trifft dies Frauen mit Behinderungen, die häufig in größerer Abhängigkeit von Familie oder Betreuungspersonen leben und sich noch schlechter wehren können. Verstärkt wird dies durch fehlende Unterstützungsstrukturen, mangelndes Problembewusstsein bei Beratungsstellen und Öffentlichkeit sowie vielfältige Barrieren.

Es geht aber nicht nur darum, dass Thüringer Frauenhäuser nicht barrierefrei sind und eine Rollstuhlfahrerin dort schwerlich Zuflucht finden kann. Auch Unverständnis, Kommunikationshemmnisse und fehlendes Problembewusstsein können Barrieren sein, die Frauen mit Behinderungen davon abhalten, sich Hilfe zu suchen – oder sie nicht zu bekommen. Dies wird in der vom Bundesfrauenministerium herausgegebenen Studie „Lebenslagen behinderter Frauen in Deutschland“ dokumentiert, die sich erstmals umfassend auch mit der Gewalt beschäftigt, die Mädchen und Frauen erleiden müssen, wenn sie von anderen abhängig sind. 74 bis 90 Prozent der Frauen haben körperliche Gewalt durch ihre Eltern erfahren, 20 bis 34 Prozent erlebten sexuellen Missbrauch in Kindheit und Jugend durch Erwachsene. Das sei jede dritte bis fünfte Frau, die als Tochter misshandelt oder missbraucht wurde. Diese traurige Statistik setzt sich im Erwachsenenalter fort: 21 bis 43 Pro-

zent der Frauen haben erzwungene sexuelle Handlungen erlitten. Hinzu kommt, dass nahezu alle Frauen mit Behinderungen (81 bis 99 Prozent) direkten diskriminierenden Handlungen ausgesetzt sind.

Um die öffentliche Wahrnehmung für diese Problematik zu schärfen, hatte die Landtagsfraktion DIE LINKE zusammen mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung und dem Verein ISL – selbstbestimmt

werde selbstverständlich als behindert wahrgenommen. Viel größere Probleme hätten Menschen mit psychischen Behinderungen oder seelischen Erkrankungen – diese würden viel seltener wahr- und ernstgenommen. Hier sei Bewusstseinsbildung ebenso notwendig wie bei der Frage, wie Gehbehinderte Stufen in Frauenhäusern überwinden, Blinde Informationen lesen und Gehörlose mit Beraterinnen



Leben – aus Jena zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen eine Veranstaltung durchgeführt. Bärbel Mickler vom Hamburger ForUM (Fortbildung und Unterstützung für Menschen mit Behinderungen) sagte, dass neben körperlichen und sexuellen Übergriffen auch fehlende Privatsphäre in Einrichtungen oder Familien ein großes Problem darstellt. Nicht nur, dass dies die eigene Lebensqualität und Integrität beeinträchtigt, es befördert auch gewaltsame Übergriffe, wenn beispielsweise Bäder nicht abzuschließen sind und Menschen keinen privaten Rückzugsraum haben. Hinzu komme fehlender Respekt, der schon Kindern ein minderwertiges Selbstbewusstsein einimpfe, was nicht selten zu eingeschränkter Wehrhaftigkeit führe.

Verstärkt werde dies z.B. durch gesellschaftliche Diskussionen über pränatale Diagnostik und Präimplantationsdiagnostik, die durchaus zur Folge habe, dass Eltern gefragt würden, warum sie die Geburt ihres Kindes mit Behinderung nicht vermieden hätten.

Grenzüberschreitungen

Grundsätzlich müssten Menschen mit Behinderungen einen Großteil ihres Lebens mit Grenzüberschreitungen leben – bei ärztlichen Begutachtungen und Behandlungen, durch Bevormundung und Versagen eigener Lebensentscheidungen oder auch bei der Intimpflege. Körperliche oder sexuelle Gewalt stelle eine weitere Eskalationsstufe in einer von fehlendem Respekt getragenen Lebensweise dar. Deswegen ist eine wesentliche Forderung der Behindertenverbände, das Recht auf eine selbst gewählte und gleichgeschlechtliche Pflege und Assistenz, die Stärkung des Selbstbewusstseins der Betroffenen sowie die Wahrung der Privatsphäre z.B. durch abschließbare Toiletten und Bäder. Barbara Vieweg von ISL bestätigte das in der öffentlichen Wahrnehmung bestehende Definitionsproblem. Wer im Rollstuhl sitze,

kommunizieren können. All dies muss thematisiert genommen werden. Eine gute Grundlage dafür ist die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen, die in einen Maßnahmenplan und konkrete Schritte übersetzt werden muss. DIE LINKE fordert:

1. Barrierefreiheit, z.B. Informationsmaterial in leichter Sprache und Finanzierung von Gebärdendolmetschern
2. Pflege und Gesundheit, z.B. Recht auf geschlechtsspezifische Pflege und Assistenz, Netz an psychotherapeutischer Unterstützung und Hilfen
3. Bewusstseinsbildung/Prävention: z.B. Fortbildung in Bereichen Frauenhaus, Polizei, Medizin, Justiz
4. Verbesserung in Einrichtungen wie z.B. Frauenwohngruppen und Wahl von Frauenbeauftragten
5. Novellierung Strafgesetze/Überarbeitung Gewaltschutzgesetz

Entscheidend ist, dass auf Grundlage der Behindertenrechtskonvention und der vorgelegten Studie die Probleme von Mädchen und Frauen mit Behinderungen ins Bewusstsein sowohl der Öffentlichkeit als auch der Fachwelt dringen und nicht verdrängt und vergessen werden. Um dies zu unterstützen, so hatte die Sprecherin für Gleichstellungs- und Behindertenpolitik der Linksfraktion, Karola Stange, betont, muss die Umsetzung des Maßnahmenkataloges zur Behindertenrechtskonvention in den nächsten Monaten ein Schwerpunkt der Arbeit sein.

Dabei werde geprüft, ob eine Koordinierungsstelle für Frauen mit Behinderungen in Thüringen installiert werden könne. Darüber hinaus werde das Thema in weiteren parlamentarischen Initiativen sowie einem Antrag für den Landesfrauenrat aufgegriffen.

Gabi Ohler

Die ausführlichen Forderungen zum Thema „Nein zu Gewalt an Frauen mit Behinderungen“ sind auf der Internetseite der Linksfraktion zu finden: www.die-linke-thl.de ■

Cordula Eger